

Von der Freizeitplanung zur Kulturpolitik

Eine Bilanzierung von Gewinnen und Verlusten

Bearbeitet von
Dieter Kramer

1. Auflage 2011. Buch. 234 S. Hardcover
ISBN 978 3 631 61746 5
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 420 g

[Weitere Fachgebiete > Ethnologie, Volkskunde, Soziologie > Diverse soziologische Themen > Freizeit- und Konsumsoziologie](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Einleitung

Ursprünglich sollte der Titel des Buches lauten „Über das Verschwinden der Freizeit. Gewinne und Verluste beim Übergang von der Freizeitplanung zur Kulturpolitik“. Dieser Titel sollte provozieren, schien aber dann doch zu missverständlich. Freizeit verschwindet ja nicht wirklich; natürlich haben die Menschen immer noch freie Zeit, oft sogar mehr als je zuvor. Aber verschwunden ist die *Freizeitplanung*, die in den 1960er und 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine bedeutende Rolle spielt. Kaum noch wahrzunehmen ist auch die *Freizeitpädagogik*, von der die Menschen auf wachsende freie Zeit vorbereitet werden sollen. In den 1960er und 1970er Jahren sprechen alle Parteien von Freizeit. Die Utopie einer *Freizeitgesellschaft*, in der dank außerordentlicher Fortschritte in der wirtschaftlichen Produktivität die Arbeit beiläufig erledigt wird und freie Zeit das Leben bestimmt, beflügelt und inspiriert entsprechende Programme. In der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ scheint aufgrund der wachsenden Produktivität die Realisierung einer solchen Utopie mit dem Vorrang postmaterieller Werte in Reichweite. In dieser Zeit wirkt die *Deutsche Gesellschaft für Freizeit* unter dem Vorsitz des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Franz Meyers, und das Kommunalpolitische Programm der Jungsozialisten enthält einen langen Abschnitt zu Freizeit, aber keinen zur Kultur.

In den Jahren nach 1969 beziehen die Reformprogramme der Sozialliberalen Koalition mit Willy Brandt als Bundeskanzler die Freizeit-Infrastruktur großzügig ein. Freizeit entwickelt sich als wichtiges Arbeitsfeld der Politik. Während die Akteure der Kulturpolitik noch in hohem Maße auf die Pflege bildungsbürgerlicher Kulturinstitutionen konzentriert sind, beschäftigten sich die Politiker mit Freizeitpolitik. Erholung und Wiederherstellung des Arbeitsvermögens in der Freizeit werden zum Thema. Freizeiteinrichtungen wie die Revierparks im Ruhrgebiet werden zu wichtigen Planungsaufgaben; der Freizeitwert der Kommunen gilt als Attraktionsfaktor und Wettbewerbsvorteil.

Tourismus und Freizeit werden als Berufsfelder für die sich rasch etablierende Freizeitpädagogik entdeckt. Sie verabschiedet sich von den paternalistisch-bevormundenden Traditionen der Vergangenheit, knüpft zwar personell in manchen Fällen an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg an, beharrt aber auf dem Eigenwert der freien Zeit jenseits politischer Instrumentalisierung und bezieht Emanzipationsprogrammatik mit linkem und libertär-anarchistischem Gedankengut ein.

Dann kommt seit den 1980er Jahren zunächst unmerklich ein Umschwung: Von Freizeit ist immer weniger die Rede, stattdessen tritt Kultur in den Vordergrund. Das demokratische Programm einer für alle nutzbaren Freizeit-Infrastruktur wird durch eine neu gewichtete Kulturpolitik ersetzt. Lange Zeit heißt zum Beispiel der Arbeitsbereich des Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar

Hoffmann „Dezernat Kultur und Freizeit“, aber jetzt verliert er nicht nur seine freizeitpolitischen Kompetenzen, sondern schließlich auch den Namensbestandteil.

Aber mit der neuen Gewichtung des Kulturellen wird das *an alle* gerichtete Programm der Freizeitpolitik durch ein eher auf ein altes und neues bildungsbürgerliches Publikum zielendes Programm der Förderung der kulturellen Institutionen und Aktivitäten ersetzt. Geredet wird zwar gegen Ende der 1980er Jahre noch über das Programm „Kultur für alle“ von Hilmar Hoffmann, aber konkret verlieren jene Komponenten der Kulturpolitik an Bedeutung, mit denen Schwellenangst und Barrieren bezüglich der Teilnahme und Teilhabe am kulturellen Leben für alle reduziert werden sollen. Sozialkulturelle Animation, Kultursozialarbeit und Sozialkulturarbeit treten für die Kulturpolitik in den Hintergrund.

Mit der Entdeckung der Umwegrentabilität und des Wirtschaftsfaktors Kultur und Kreativität wird der kulturelle Bereich in der Politik ernster genommen als je zuvor. Aber für die demokratische Kulturpolitik ist dies eher ein Pyrrhussieg, denn das kulturelle Leben verliert dabei an Bezug zur Entwicklung von Gesellschaft und Individuen: Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, hieß es einst, jetzt ist sie vor allem Wirtschafts- und Imagepolitik sowie Wirtschaftsstandortpflege. Künste und Kultureinrichtungen werden zum dekorativen Element einer Erlebnisgesellschaft kaufkraftstarker Nachfrager. Die *Erlebnisqualität* kultureller *Events* ersetzt den *Bildungswert*, der Distinktionswert des kulturellen Kapitals wird wichtiger als der Beitrag des kulturellen Lebens zur Gesellschaftspolitik.

Gleichzeitig profitieren bedeutende Schichten der Bevölkerung immer weniger von dem öffentlichen Angebot an Infrastruktur für Kultur und Bildung. Zwar wächst die Zahl der Nutzer der meisten Kultureinrichtungen, weil neue erweiterte Bildungsschichten als Nachfrager auftreten, aber das verdeckt nur vordergründig den Befund, dass die jetzt wieder so bezeichneten *Unterschichten* der wachsenden neuen Armut und die große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund de facto weitgehend ebenso ausgeschlossen sind wie Menschen mit geringerer Bildung – aus welchen Gründen auch immer.

Kultur aber ist Freizeit-Beschäftigung für die prosperierenden Milieus geworden. Die zahlungsfähigen Protagonisten der Erlebnisgesellschaft wählen in ihrer arbeitsfreien Zeit zwischen den verschiedensten unverbindlichen kulturellen *Events*, so wie sie einst Freizeitangebote wahrgenommen haben. Die weniger Privilegierten sind – zugespitzt formuliert – weitgehend auf das Bezahlprogramm der populären Unterhaltungsszene, den Medientrash der privaten Kommunikationsanbieter, den Sport und den Promi-Klatsch der Regenbogenpresse verwiesen.

Verschwunden ist die Freizeitpädagogik, ebenso das Politikfeld Freizeit. Die Infrastruktur für die freie Zeit wird jetzt in den Politikfeldern der Umwelt-, Ju-

gend- und Sozialpolitik, dem Sport und der Regionalplanung gestaltet oder der ökonomischen Dynamik des Marktes überlassen.

Dies ist, zugegeben, *eine* mögliche, vielleicht zugespitzte Sicht der Dinge. Möglicherweise lassen sich auch andere Schlüsse aus den soziokulturellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ziehen. Auffallend aber ist auf jeden Fall, wie in dieser Zeit das Paradigma Freizeit und die damit verbundene Planungs- Infrastrukturalpolitik zurückgetreten ist und in der Politik der Kommunen, der Länder und des Bundes keine Rolle mehr spielt. Das Jahrbuch für Kulturpolitik 2010 der Kulturpolitischen Gesellschaft widmet sich dem Thema „Kulturelle Infrastruktur“, aber nirgendwo ist mehr von Freizeit die Rede.

Im Zentrum des folgenden Textes sollen die Blütezeit von Freizeitplanung, Freizeitpolitik und Freizeitpädagogik in den 1970er und frühen 1980er Jahren liegen. Deutlich werden soll, wie ihre Wurzeln in den Hoffnungen auf die Prosperität einer Wohlstandsgesellschaft liegen, in der die Individuen über beträchtlich mehr Freizeit verfügen und eine entsprechende Infrastruktur dafür beanspruchen. Wie in Pädagogik, sozialen Bewegungen und Politik auf diese Entwicklungen reagiert wird, soll ausführlich dargestellt werden. Dann aber soll gezeigt werden, wie schon in der Blüte der Niedergang angelegt wird, weil weder die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Politik noch die wertenden und qualitativen Grundlagen für die Pädagogik berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang soll auch erschlossen werden, wohin die Freizeit-Themen abgewandert sind. Da die Kulturpolitik, die immer schon mit der Freizeitpolitik verbunden war, sich zur gleichen Zeit von ihrem Verständnis als Teil der Gesellschaftspolitik verabschiedet, entstehen für die demokratische Gesellschafts- und Strukturpolitik Lücken.

Die Wiederbelebung der Freizeitpädagogik oder der Freizeitpolitik ist nicht möglich – dazu waren sie zu kontur- und knochenlos, und sie sind mit Recht marginal geworden. Interessanter ist eine neue soziokulturelle Strukturpolitik, bei der die Kulturpolitik sich als Teil einer demokratischen Gesellschaftspolitik neu erfindet.

Der Text ist in vielen Passagen eher essayistisch als streng wissenschaftlich im üblichen Sinne. Viele Darstellungen beruhen auf eigenen Erfahrungen und Beteiligungen an den einschlägigen Diskussionen und Prozessen, deshalb ist es nicht vermeidbar, dass entgegen meinen sonstigen Gewohnheiten immer wieder auf manchmal auch unveröffentlichte eigene Texte verwiesen wird. In einigen Fällen stütze ich mich auch auf meine Notizen aus dieser Zeit.

Mir ist es wichtig, diese Prozesse auch mit Hinweisen auf die älteren, teilweise nur in der *grauen Literatur* der halboffiziellen Verlautbarungen und Studien verfügbaren Quellen nachzuzeichnen, weil im neuen Kosmos der digitalisierten Medien diese Quellen oft nicht mehr abrufbar und erschließbar sind und deswegen leicht der Vergessenheit anheim fallen.

Es geht mir hier nicht um eine erschöpfende Darstellung des Themas, sondern darum, mit Blick auf die inzwischen eingetretenen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen einige Entwicklungen in Erinnerung zu rufen und nach deren aktueller Bedeutung zu fragen. Ich möchte an den ganzen Reichtum der Erfahrungen und Ideen der Jahre vor 1990 erinnern. Entfaltet wird ein breites Spektrum, wie es, weil ich in vielen Fällen beteiligt war, so kein anderer beschreiben kann: Von der Gesellschaftswissenschaft über die Kulturwissenschaft zur Kulturpolitik, von der staatstragenden sozialdemokratischen und bürgerlichen Politik bis zur Linken werden Erfahrungen und Diskussionen zitiert. Lücken und Fehler sind unvermeidlich. Andere Autoren werden, so das Thema noch Interesse findet, sie zu schließen versuchen und neue produzieren, wie in der Wissenschaft üblich.

Ich danke dem Seminar Freizeitpolitik im Wintersemester 2009/2010 an der *Stiftung Universität Hildesheim*, das mir Gelegenheit gab, mit Studierenden der Kulturwissenschaften den Gründen für das „Verschwinden der Freizeit“ nachzugehen, und ich danke Wolfgang Schneider, dem Direktor des *Institutes für Kulturpolitik* der *Universität Hildesheim*, der mir die Veröffentlichung des Textes in dieser Reihe ermöglichte, und besonders danke ich auch den Diplombkulturlwissenschaftlern Robert Peise und Aron Weigl, die mir als Lektoren und bei der Herstellung der Druckvorlage sowie der Überprüfung und Ergänzung des Anhangs und der Bibliographie unschätzbare Dienste leisteten.

Dörscheid/Verbandsgemeinde Loreley, im Februar 2011